



GREAT: Trump verweigert Merkel Handschlag!

☒ Von Donald Trump kann man bestimmt eine Menge lernen, was man aber nicht lernen kann, unseren Politiker aber so sehr fehlt ist, Rückgrat zu haben; das hat man oder hat man nicht. Donald Trump hat es, wie er heute beim Fototermin mit Angela Merkel im Weißen Haus der ganzen Welt bewies. Er schert sich offenbar nicht um Konventionen, wenn er dafür zum Heuchler werden müsste. Bei solchen Terminen ist ein Handschlagfoto immer üblich und auch hier baten die Fotografen mehrfach darum. Der US-Präsident [schüttelt aber nur den Kopf](#) und wendet sich der Kanzlerin demonstrativ nicht zu. Merkel bittet ihn in unbeholfener Weise um einen Handschlag, Trump denkt aber gar nicht daran, dieser Frau die Hand zu reichen. PI meint: Great job, Mr. President!

» [Video der für Merkel](#) peinlichen Szene

» Beim Besuch von Japans Premier Abe [gab es 19 Sekunden Handshake](#)



„Für einen toten Nazi steh ich nicht auf“

☒ Wie sich politische Hassreden und pure Menschenverachtung über den Tod hinaus selbst in der Kommunalpolitik zeigen können, wurde am Dienstag in der Ratssitzung der nordrhein-westfälischen Kleinstadt Radevormwald offenbar. Anlässlich einer Gedenkminute zum Tod von Ratsmitglied Joachim Bötte weigerte sich der linke Ratspolitiker Peter Ullmann (Foto) als einziger, sich von seinem Platz zu erheben. Hinterher rühmte sich Ullmann dieses Tabubruchs im Internet noch stolz mit den Worten: „Für einen toten Nazi steh ich nicht auf.“



Der 62-jährige Familienvater Joachim Bötte (Foto, l.) war im Februar nach einer langen Krebserkrankung verstorben. Der klassische „Malocher“ hatte zuvor seit seinem 14. Geburtstag ein Leben lang hart gearbeitet, Steuern gezahlt, drei Kinder in die Welt gesetzt und groß gezogen. Vor einigen Jahren begann er sich auch noch politisch zu engagieren für die Zukunft Deutschlands und vertrat bis zuletzt die islamkritische Bürgerbewegung Pro Deutschland im Stadtrat von Radevormwald. Keinerlei politische Skandale oder private Fehlritte sind von Joachim Bötte überliefert. Und trotzdem verweigerte sich Peter Ullmann als örtlicher Ratsvertreter der Linkspartei am Dienstag in Anwesenheit von Böttes Witwe und Kindern selbst den primitivsten Regeln zwischenmenschlichen

Anstandes.

Bezeichnend für den Charakter dieses Parade-Gutmenschen ist auch folgende Anekdote: Gegen Ullmann selbst lief vor einigen Jahren ein Parteiausschlussverfahren in der Linkspartei, weil er regelmäßig seine Frau – ebenfalls „Parteigenossin“ – misshandelt und geschlagen haben soll, u. a. sogar am Rande von Parteiveranstaltungen. Vorwürfe, die auch im Ausschlussverfahren laut [parteinahen Kreisen](#) nicht entkräftet wurden, aber aus formalen Gründen trotzdem nicht für einen Ausschluss reichten.

Dieser Ehrenmann rühmt sich nun auch noch auf [seiner Internetseite](#) damit, einem unbescholtenen Bürger in Anwesenheit seiner Familie ins Grab hinterher gespuckt zu haben. Hier Ullmanns Artikel in fast vollständiger Länge – seine Worte sprechen wahrlich für sich selbst:

Für einen toten Nazi steh ich nicht auf [..]. Der Bürgermeister empfand es während der 19. Ratssitzung am 14. März 2017 als angemessen, dass dieser Mann in stillem Gedenken gewürdigt wird. Ich sage: Nein. Und ich blieb sitzen. Auch, als dann die Nachfolgerin von „pro Deutschland“ vereidigt wurde, blieb ich sitzen.

Respekt für die Toten ist billig und leicht, Respekt vor den Lebenden hingegen viel schwerer. Lebende haben die unangenehme Eigenschaft, mehr als leere Gesten zu erwarten. Der Stadtrat, der entgegen unserer ausdrücklichen Bitte kein Wort für den erst am 26. Februar in den Wupperorten von Faschisten überfallenen Jan Bäcker übrig hat, steht nun für einen toten Nazi auf. Ich nicht.

Dass ich sitzen bleibe, findet der Vorsitzende der UWG-Fraktion, Bernd-Eric Hoffmann, „einfach ungehörig und [es] zeugt von mangelnden Respekt vor dem Menschen (unabhängig von Parteizugehörigkeit) und dem Amt eines Stadtrates“ – Er hätte es tatsächlich angemessen gefunden, wenn die Stadt selbst

eine Todesanzeige schaltet. Eine Schande also, da sitzen zu bleiben?

Die wirkliche Schande ist, dass Joachim Bötte überhaupt Mitglied des Rates der Stadt Radevormwald war. Ihm gebührt keine Ehre, keine Würdigung und kein Respekt dafür.

Wenn nun so pauschal von der allgemeinen Würde des Menschen gefaselt wird, die gerade ich missachtet hätte, dann will ich daran erinnern, dass der Rat der Stadt sonst auch für keinen Menschen, der in unserer Stadt stirbt, aufsteht.

Mehr Würdigung als der einfachste Rader hat so einer ganz sicher nicht verdient.

Übrigens wirbt Ullmann auf seiner Internetseite auch damit, dass er für die Bürger als linker Kommunalpolitiker gerne über verschiedenste Kanäle erreichbar ist:

*So können Sie mich persönlich erreichen: blog@ein-linker.de
Telefonisch bin ich wochentags von 9 bis 12 Uhr für Sie erreichbar: 0160 / 5000 734*

Ansonsten: Nutzen Sie die neuen Medien doch ruhig mal für eine schnelle Frage an ihren lokalen Linkspolitiker!

Über die folgenden Dienste erreichen Sie mich ebenfalls:

Skype: [fritz.ullmann](https://www.skype.com/people/fritz.ullmann)

Twitter: https://twitter.com/ein_linker

tumblr: <http://ein-linker.tumblr.com/>



Berlin: AfD-Extremismus-Kongress am 18. März

✘ [„Deutschland im Fadenkreuz“](#) – unter diesem Titel findet am 18. März von 9 – 17 Uhr in Berlin ein Kongress der AfD statt, der die aktuell akute Gefahr für Deutschland durch Extremismus thematisiert. Die Bedrohung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung durch Extremisten, egal ob links-, rechts- oder „religiös“-motiviert, hat ein Ausmaß angenommen, das neuer Denkansätze bedarf. Experten wie Uwe Kemmesies (BKA), der Politikwissenschaftler Werner Patzelt, der Rechtswissenschaftler Dietrich Murswiek, der dänische Psychologe Nicolai Sennels („Islam bedeutet [Einschüchterung und Gewalt](#),“) und andere werden Reden halten und Diskussionen führen. Die Veranstaltung wird auf der [Facebookseite der AfD live](#) übertragen.



Video: Pressekonferenz mit Trump und Merkel

In diesen Minuten findet die mit Spannung erwartete Pressekonferenz von US-Präsident Donald Trump und Bundeskanzlerin Angela Merkel statt, die heute zu einem eintägigen Besuch in Washington eingetroffen ist. Trump hatte im US-Wahlkampf klar gegen Merkels Flüchtlingspolitik Stellung bezogen: „Was Merkel getan hat, ist geisteskrank.“ Das ursprüngliche Treffen am Dienstag wurde wegen starker Schneestürme in Amerika verschoben.



Türkei droht mit 15.000 „Flüchtlingen“



Die Türkei hat im Streit mit Deutschland und den Niederlanden eine [weitere Drohgebärde](#) von sich gegeben. „Wenn ihr wollt, schicken wir euch die 15.000 Flüchtlinge, die wir jeden Monat zurückhalten“, sagte der türkische Innenminister Süleyman Söylü am Donnerstagabend. [Erst am Vortag](#) hatte Außenminister Mevlüt Cavusoglu mit einem Glaubenskrieg in Europa gedroht.

Es stellt sich die Frage: Warum wollen Mohammedaner-„Flüchtlinge“ eigentlich nicht in der sonnigen Türkei bleiben und lieber zu den bösen „Ungläubigen“ nach Europa ziehen? Was stimmt mit diesem Land nicht? Nachdem die Tourette-Türkei inzwischen ganz [offen Europa mit Krieg droht](#), kann man die türkischen Hilfstruppen („Flüchtlinge“) so lange zurückschicken, bis es mit der türkischen Marine eskaliert und sich die Türkei nach 1529 und 1683 im offenen Kampf die dritte Ordnungsschelle von den Europäern abholt.



Video Berlin: Protest der IB an Gedächtniskirche

Wie PI schon [im Vorfeld berichtete](#), gedachte Berlins

Regierender Bürgermeister Michael Müller am Donnerstagabend zusammen mit vom Verfassungsschutz beobachteten extremistischen Islam-Vereinen der Opfer des islamischen Terroranschlags an der Gedächtniskirche. So etwas nennt man Bock zum Gärtner machen. Obwohl der Verfassungsschutz eindringlich vor diesen Scharia-Fanatikern warnt, war dies für SPD-Müller kein Grund, diesen skandalösen Auftritt abzusagen. Die Identitäre Bewegung startete daher am frühen Donnerstag Morgen eine Protestaktion gegen diese widerliche Kollaboration mit Islam-Extremisten.

(Von Michael Stürzenberger)

Hierzu veröffentlichte die IB folgenden Text:

In Berlin, auf dem Breitscheidplatz, dem Ort des Anschlags vom 19. Dezember 2016, fand gestern eine sogenannte Friedenskundgebung statt. Zu den Initiatoren gehörten auch die Neuköllner Begegnungsstätte, das Interkulturelle Zentrum für Dialog und Bildung (IZDB) und das Islamische Kultur- und Erziehungszentrum Berlin (IKEZ) – drei Organisationen, die von den Muslimbrüdern dominiert werden und eindeutig verfassungsfreundliche Positionen propagieren. Begrüßt wurden sie vom regierenden Bürgermeister Michael Müller (SPD), der die Eröffnungsrede hielt.

Wir sagen: So nicht! Eine solche Veranstaltung ist ein Schlag ins Gesicht für die Opfer des Anschlags und auch für jeden verfassungstreuen Bürger! Die politische Elite paktiert offen mit Kriminellen und arbeitet unverhohlen an der Abschaffung des Staates und unserer Heimat. Gegen diese Heuchelei protestierten gestern identitäre Aktivisten, indem sie ein Banner am Breitscheidplatz hissten und forderten: #DefendBerlin #DefendEurope!

Die Berliner Zeitung [meldet](#), was hinter den drei Islamvereinen steckt, die sich allesamt mit harmlosen Namen tarnen:

Laut aktuellem Verfassungsschutzbericht werden sie von den Muslimbrüdern dominiert, die Koran und Sunna zur Richtschnur des politischen Handelns erheben und die umfassende Anwendung der Scharia sowie die Schaffung eines islamischen Staates fordern. Das IKEZ gilt als Treffpunkt von Anhängern der Hamas, die die Auslöschung Israels zum Ziel hat.

Die Bereitschaft zur Gewaltanwendung sei dort aber (noch) nicht erkennbar. Und so kommt der Verfassungsschutz zu der absurden Wortschöpfung eines „legalistischen Islamismus“, wie die [Berliner Morgenpost ergänzt](#):

Denn die NBS, sowie das „Islamische Kultur- und Erziehungszentrum“ (IKEZ) und das „Interkulturelle Zentrum für Erziehung und Bildung“ (IZDB), die auch zur Kundgebung aufgerufen hatten, werden vom Verfassungsschutz als Vertreter des „legalistischen Islamismus“ beobachtet.

Gewalt spiele für die Gruppierungen „keine Rolle“. Die Behörde zählt die Organisationen zum „legalistischen Islamismus“. Ziel legalistischer Islamisten ist es laut Verfassungsschutz, zunächst Teilbereiche der Gesellschaft zu islamisieren. „Langfristig streben sie die Umformung des demokratischen Rechtsstaats in einen islamischen Staat an.“

Positionen in Bezug auf das Staatsmodell und die Gleichheit der Geschlechter seien „mit den Grundsätzen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung“ nicht vereinbar.

Daher protestierten auch der Zentralrat der Juden sowie die FDP und die AfD gegen diese Gedenkveranstaltung:

Der Zentralrat der Juden forderte Müller auf, seine Teilnahme zurückzuziehen. Es sei zwar zu begrüßen, wenn Religionsgemeinschaften auf Frieden hinarbeiteten. „Allerdings bedarf es bei diesem Dialog größter Aufmerksamkeit, mit welchen Organisationen und Personen man

sich solidarisiert“, heißt es in dem Brief des Geschäftsführers des Zentralrates, Daniel Botmann. Kritik übten auch FDP und AfD. Dass Müller mit „Sympathisanten islamischer Terrororganisationen“ aufträte, sei angesichts des Anschlags „an Geschmacklosigkeit nicht zu überbieten“, sagte der Berliner FDP-Abgeordnete Marcel Luthe. AfD-Fraktionschef Georg Pazderski nannte die Kundgebung „grotesk“.

Müller ließ sich davon aber nicht abschrecken. Vor ihm sprach Imam Taha Sabri von dem extremistischen Moscheeverein „Neuköllner Begegnungsstätte“. Der Verfassungsschutz sieht in ihm ein [Verbindungsglied zur Muslimbruderschaft](#) und die Galionsfigur einer Terrororganisation. 2015 hatte Müller diesem öffentlich kreidefressenden Imam noch den Verdienstorden des Landes Berlin verliehen und dabei dessen „Einsatz für die Integration“ gewürdigt. Das war allerdings noch vor der Verfassungsschutzbeobachtung und vor dem Auftreten von Hasspredigern in dessen Moschee, die an anderer Stelle schon mehrfach zum Dschihad aufgerufen hatten.



Dieser verlogene Taqiyya-Imam seifte am Breitscheidplatz dann auch die anwesenden ungläubigen Toleranztrottel gehörig ein, wie [Welt/n24 meldet](#):

„Als Imam, als Moslem, als Mensch kann ich Ihnen versichern, das nichts von dem, was die Terroristen da anrichten, etwas mit dem Islam gemein hat.“ Der Terror, der am 19. Dezember in Berlin offenbar wurde, ist für Sabri einfach ein „Terror des Wahnsinns“.

Realitätsverweigerer Müller wird diese Lügenmärchen wie ein Verdurstender einen Schwamm mit Wasser dankbar aufgesogen haben. Aus ihm spricht eine völlig faktenresistente Naivität:

Müller beschwört den Zusammenhalt seiner Stadt – in Abgrenzung zu den als gefährlich empfundenen Regionen der Welt. Das ist schön. Aber es klingt unvollständig. Fast hat es den Anschein, als sei der Terror für den Bürgermeister etwas, das nicht zu unserer Gesellschaft passt, das sich nicht hier entwickeln kann, das unabhängig ist von einem radikalislamischen Nährboden, wie er auch in einigen Berliner Moscheen gepflegt wird.

Ahmad Mansour, ein zum Islam kritisch eingestellter Moslem, fordert von den Islamvereinen statt verlogenen Mahnwachen eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Terrorismus:

Der Islamismus-Experte Ahmad Mansour vom Zentrum Demokratische Kultur sagte, der Diskussion fehle die nötige Differenzierung. „Man sollte die Kundgebung kritisch sehen“, sagte Mansour. Es dürfe nicht bei PR-Kampagnen und Mahnwachen bleiben. „Die Vereine müssen sich inhaltlich mit Terrorismus und Fundamentalismus auseinandersetzen und sich der Frage stellen, warum Anschläge im Namen des Islam begangen werden und welche Verantwortung sie diesbezüglich haben.“

Solange aber auf diese Vereine kein Druck ausgeübt wird, sondern sie von Typen wie Müller & Co kritiklos umsorgt werden, darf man lange auf eine solche inhaltliche Auseinandersetzung warten. Müller steht mit seiner hirnlosen Naivität und brandgefährlichen Islam-Kollaboration stellvertretend für die Totengräberei am freien demokratischen Deutschland.

Man könnte allerdings auch vermuten, dass der Berliner Bürgermeister eiskalt berechnend auf das stark zunehmende moslemische Wählerpotential schießt, um dauerhaft seine R2G-Regierung zu zementieren. Dies wird aber nur solange funktionieren, bis Mohammedaner die Mehrheit in der Gesellschaft bilden. Dann wird sich Müller wundern, wie ihm seine früheren Schützlinge seine idiotische Unterstützung

danken werden. Die Baukräne im Iran ab 1979 sollten jedem Linken ein mahnendes Beispiel sein.



Robin Alexanders „Getriebene“ neuer Sarrazin!

Robin Alexander hat mit [„Die Getriebenen“](#) wohl den Bestseller des Jahres vorgelegt. Nicht nur, weil bei Amazon kein anderes Buch derzeit so durch die Decke geht (Platz 1!). Es ist ein Meilenstein, der die Republik verändern wird. Das ist übertrieben? Nein, keineswegs. Schauen wir uns das Ganze ein wenig genauer an.

1. Die Grenzöffnung für Hunderttausende, ja Millionen Flüchtlinge im Herbst 2015 hat das Land gespalten – in die, die jubelnd im Refugees-Wahn erstickten, und in die, die nüchtern und klar voraussahen: Das wird, das kann nicht gutgehen. Wir, als Freiheitliche, Konservative, Nationalliberale, Patrioten, sahen klar. Wir warnten und warnten. Wir wurden beleidigt und bedroht.

2. Jetzt kommt mit Robin Alexander der Korrespondent der „Welt am Sonntag“, für die er seit Jahren hinter die Kulissen des Kanzleramtes blicken kann. Er recherchierte in Berlin, Brüssel, Wien, Budapest und der Türkei. Er rekonstruiert die für Deutschland und Europa so gefährlichen

Schlüsselerentscheidungen.

3. Robin Alexander war links. Er war bei der „taz“, unterstützte die antideutsche „Jungle World“. Das wird sich nun ändern: Denn sein Buch wird in die Annalen der Bunten Republik als Hallo-Wach-Ruf der besonderen Art eingehen. Mit Auswirkungschance auf die Wahlen!

4. Alexander zeigt in seinem Buch auch: Thilo Sarrazins Bücher veränderten die Republik im Kleinen. Auch wenn die Politik sich nicht änderte: Sarrazin war das Startsignal für konservative Kreise, für Pegida, für die AfD, für Köpfe des freiheitlichen Lagers wie Götz Kubitschek, für die Opposition rund um PI. Sarrazin machte den Weg frei. Er war der erste Türöffner für die Wende. Jetzt kommt aber noch ein vielleicht größerer Türöffner: Robin Alexander.

5. Denn ob Alexander will oder nicht: Sein Buch wird das neue Standardwerk der Anti-Establishment-Politik. Alexander entlarvt die politische Klasse Seite für Seite, Quelle für Quelle, Beleg für Beleg. Er entlarvt Merkel, Schäuble, Gabriel und Co. als Getriebene ihrer Flüchtlingsideologie. Als „Volksverräter“?

6. Es geht bereits los. Im Zuge der Alexander-Schrift kommen weitere bedeutende Bücher bei Amazon und anderswo zum Vorschein, die sonst nur in kleinen freiheitlichen Zirkeln bekannt wären. Rolf Peter Sieferle, ein großer Denker, der sich verzweifelt das Leben nahm, hat zwei Schriften hinterlassen: „[Finis Germania](#)“ und „[Das Migrationsproblem](#)“. Diese Schriften sind nun auch Bestseller. Somit werden sie bekannter und eine Spirale der Gegenaufklärung zur rotgründunkelroten GEZ-Verblödung auslösen. Lesen wir, bilden wir uns, verbreiten wir die Aufklärungsschriften! Mit jedem Bucherwerb können wir mit wenigen Klicks dazu beitragen, das Establishment seinem verdienten Sturz näherzubringen.

Bestellinformationen:

- » Robin Alexander – „[Die Getriebenen](#)“ (19,99 €)
 - » Rolf Peter Sieferle – „[Finis Germania](#)“ (8,50 €)
 - » Rolf Peter Sieferle – „[Das Migrationsproblem](#)“ (16 €)
-



Künast: Nur Strafbares strafen ist zu wenig

☒ Am Dienstag stellte Bundeszensurjustizminister Heiko Maas seinen Gesetzesentwurf zur Meinungskontrolle im Internet vor. Den Regierenden oder auch anderen unliebsame Einträge sollen demnach bei Strafandrohung von bis zu 50 Millionen Euro binnen 24 Stunden gelöscht werden ([PI berichtete](#)). Der Grünen-Bundestagsabgeordneten Renate Künast (Foto) geht das nicht weit genug, denn das Vorhaben beziehe sich nur auf strafbare Inhalte. Wie mit nicht strafbaren Beleidigungen umgegangen werden müsse, würde darin ebenso nicht geregelt, wie der Umgang mit falschen Zitaten oder Meldungen (Fake-News), kritisiert Künast. Mit dieser Aussage beweist Künast einerseits, dass sie den Entwurf entweder gar nicht gelesen oder nicht verstanden hat und andererseits wie weit sie sich schon von Demokratie und Meinungsfreiheit entfernt hat.

[Künast im Interview:](#)

Der ganze Gesetzentwurf bezieht sich einmal nur auf strafbare Inhalte. Die Frage, wie Facebook und andere eigentlich mit

Hass umgehen, mit Zersetzung, mit einer Diskriminierung, die noch nicht strafbar ist, ist hier überhaupt nicht angetippt, und das ist eigentlich auch ein wirkliches Problem, zumal viele sich ja bewusst in den Graubereich begeben und gerade um die Rechtsprechung zu Beleidigung und anderen Straftatbeständen herumformulieren. [...] Deshalb glaube ich, dass man gar nicht umhin kommt, sich wirklich ernsthaft mit dem Punkt auseinanderzusetzen, dass es nicht nur um Strafbarkeit geht, sondern auch um diese Pöbelei.

Der Maassche Knebelentwurf wird [von Rechtsexperten](#) nicht nur an sich scharf kritisiert und als im Grunde verfassungs- und sogar europarechtswidrig gesehen, sondern im Speziellen auch genau weil er in § 1 Absatz 3 des NetzDG nicht von „strafbaren“, sondern von „rechtswidrigen“ Inhalten spricht. Das könnte den Weg frei machen für jeden, dem Inhalte im Netz nicht passen, auch wenn diese gar nicht strafrechtlich verfolgt werden könnten, eine Löschung zu verlangen. Bei einer Rechtswidrigkeit muss kein Tatvorsatz nachgewiesen werden.

Und es geht sogar vermutlich gar nicht nur um Internetplattformen und Netzwerke wie Facebook und Twitter, sondern könnte, dem Text nach sogar Emailanbieter und Chatportale betreffen.

Denn [in § 1 Absatz 1 Satz 1 heißt es:](#)

Dieses Gesetz gilt für Telemediendiensteanbieter, die mit Gewinnerzielungsabsicht Plattformen im Internet betreiben, die es Nutzern ermöglichen, beliebige Inhalte mit anderen Nutzern auszutauschen, zu teilen oder der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Beliebige Inhalte kann man aber auch via Email, WhatsApp, SMS oder zum Beispiel Skype austauschen. Hier besteht also die Gefahr, dass dieser Irrsinn bald noch viel weiter gehen könnte. Im aktuellen Entwurf ist von Anbietern ab „zwei

Millionen Nutzer im Inland“ die Rede (E.2).

All das hat Künast aber in ihrer Einfalt wohl noch gar nicht durchschaut. Sie bemängelt zusätzlich, dass der Gesetzesentwurf viel zu spät komme und befürchtet, dass er womöglich gar nicht mehr in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden könne.

Noch ist offen, ob dieser rechtswidrige Versuch staatlicher Willkür und Bürgerkontrolle überhaupt zustande kommt. Außer Frage hingegen steht, dass der Kontrollzwang des Establishments und der nachdrückliche Versuch die Meinungsfreiheit auszuhebeln zeigt, wie groß die Angst vor dem Volk mittlerweile ist. (lsg)



H.W. Sinn: Das Gleichgewicht der EU ist zerstört

✘ Statt sich mit Frankreich gemeinzu machen und eine Strafaktion für Großbritannien vorzubereiten, täte Deutschland gut daran, von den Plänen für eine Vertiefung der EU Abstand zu nehmen. Sonst wird es am Ende zum Zahlmeister der Mittelmeerländer. Nun ist es wohl bald so weit. Da das britische Parlament auf sein Vetorecht verzichtet hat, wird die Regierung von Theresa May der EU ihren Austrittswunsch noch in diesem Monat formell erklären. Dann beginnt die in den

EU-Verträgen für die Verhandlungen vorgesehene Frist von zwei Jahren zu laufen. Der Austritt Großbritanniens ist ein Misstrauensvotum gegen die EU. Zu lange schon hatte man sich über die Machtanmaßung der Brüsseler Gremien erregt, die das Subsidiaritätsprinzip mit den Füßen traten und alles und jedes mit ihren Ministerratsbeschlüssen und Verordnungen regeln wollten. (Weiterlesen [bei der FAZ](#))

Beatrix von Storch (AfD) zur Hollandwahl



DB: Kluge Moslemfrau vs. deutscher „Rassist“

✘ „ToleranzZeit“ nennt sich ein neuer Werbespot der Deutschen Bahn (DB). Darin erfahren wir nicht nur endlich wo sich die künftigen moslemischen Akademikereliten verstecken – sie fahren Bahn – sondern auch, dass wir sie dringend brauchen, damit sie dem durchschnittlich begabten, islamophoben deutschen Mann beim Denken helfen. Im Spot sitzen sich eine

Kopftuchmoslemin und ein Medizinstudent gegenüber. „Warum trägt sie dieses Kopftuch? Muss sie das? Will sie das? Will das ihre Familie oder ihr Mann? Obwohl so alt ist sie ja gar nicht. Und was liest sie da überhaupt? Den Koran wahrscheinlich, was sonst?“, fragt sich der deutsche „Nazi“, angesichts seines verhüllten Gegenübers, versucht sich dann aber wieder auf sein Studium zu konzentrieren und stellt sich selbst nachdenklich aber laut die Frage: „Wo liegt bloß dieser Nucleus Präopticus?“ Die Moslemin sieht hoch und antwortet: „Am Hypothalamus.“

(Von L.S.Gabriel)

Die junge Allahanhängerin lässt ihn nun wissen, dass sie offenbar schon ein Semester weiter ist im Studium, während sie ihr Buch, das sich nicht als Koran, sondern Anatomieatlas entpuppt weglegt. Dank des Fachwissens und der Intelligenz der Rechtgläubigen ist auch der deutsche Student nun etwas klüger geworden, lächelt dankbar und ob seiner Vorurteile leicht beschämt.

Laut [Marketingabteilung](#) der DB zielt der Werbespot darauf ab „Werte wie Gastfreundlichkeit, Modernität und Glaubwürdigkeit zu transportieren und Menschen zu verbinden“.

Was die Glaubwürdigkeit betrifft wird das Ziel hier klar verfehlt. Viel mehr geht es wohl um Umerziehung. Der deutsche Student wird als rassistisch, islamophob und sexistisch dargestellt und die junge Frau, die sich einer Steinzeitideologie unterwirft als ihm eigentlich überlegenes Opfer seiner Vorurteile. Die Botschaft lautet nicht nur: „Sag nichts Falsches“, sondern auch schon: „Denk nichts Falsches“.

„ToleranzZwang“ wäre der bessere Titel für diesen inszenierten moralischen Imperativ. Der Koran überhöht die Moslems ohnehin über alle anderen Menschen. Die von allen Steuerzahlern, also auch von Christen, Juden und Atheisten jährlich mit Subventionen in Milliardenhöhe alimentierte Deutsche Bahn muss

das nicht auch noch befördern, ebenso wenig wie die Unterdrückungsflagge am Kopf der Frau.

Hier der Werbespot:

Kontakt:

[DB Dialog GmbH](#)

Marketing und Vertrieb

Michael Adamsky Bereichsleiter

Salzufer 6, 10587 Berlin

Tel: 030 755453-444

Telefax: 030 755453-449

Mail: info@dbdialog.de